

Tages-Anzeiger; 17.10.2007

Die armen Baumwollländer siegen gegen die USA

Die massiven Subventionen für die amerikanischen Pflanzler sind missbräuchlich, rügt die WTO. Den USA drohen Sanktionen.

Von Walter Niederberger, New York

Das Urteil des Schiedsgerichts der Welthandelsorganisation gibt den Baumwollproduzenten in Südamerika und Afrika auf der ganzen Linie Recht. Unter Führung von Brasilien hatten sie darauf geklagt, dass die Milliardenzuschüsse an die rund 25 000 amerikanischen Pflanzler den Welthandelspreis für Baumwolle künstlich nach unten drückt. In einer ersten Stellungnahme erklärte sich das amerikanische Handelsministerium «enttäuscht» und erwägt einen Weiterzug des Urteils.

Der Baumwollstreit geht auf das Jahr 2002 zurück, als Brasilien zum ersten Mal die Milliardenzuschüsse der USA vor die WTO brachte. Dort erhielt das Land Recht. Seither haben die USA zwar einige Anpassungen gemacht. Das Schiedsgericht der WTO in Genf bezeichnet sie im jüngsten Urteil aber als «ungenügend».

Eine lange Tradition in den USA

Die USA sind seit Mitte des 19. Jahrhunderts der grösste Exporteur von Baumwolle (siehe Grafik). Damals trat «King Cotton» in den Südstaaten sein Regime an. Über Jahrzehnte wurden mit der Ausbeutung der Sklaven Riesengewinne erzielt. Der politische Einfluss der Baumwollpflanzler ist ungebrochen. Sie haben ein derart komplexes System an Subventionen errichtet, dass ausser ihnen und einigen Beamten kaum jemand den Überblick hat. Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums fliessen dieses Jahr gegen vier Milliarden Dollar direkt an die Pflanzler, über zehnmal mehr als 1995.

Eine Studie der gemässigten Environmental Working Group zeigt, dass Agrarkonzerne wie Cargill sowie die reichen Farmer am meisten profitieren. Gut 80 Prozent der in zehn Jahren ausbezahlten Subventionen flossen an die 10 Prozent der vermögendsten Pflanzler. Erst ab einem Einkommen von 2,5 Millionen Dollar gibt es keine Subventionen mehr. Während die Topverdiener 15,5 Milliarden kassierten, müssen sich die 80 Prozent der kleineren Pflanzler 1,4 Milliarden teilen.

Der Subventionsfluss ist doppelt und dreifach abgesichert; neben historischen Flächenzuschüssen winken «antizyklische» Preisausgleiche sowie günstige Regierungsdarlehen. Und je mehr sie produzieren, desto höher der Zuschuss. Anreize, den Anbau an die Marktpreise anzupassen, fehlen vollständig.

Dafür darben die Pflanzler in Westafrika, wie eine Studie der Universität in Davis im Auftrag der Entwicklungsorganisation Oxfam zeigt. Demnach drückt die Überproduktion in den USA den Welthandelspreis um bis zu 30 Prozent, im Schnitt um 12 Prozent. Werden die Subventionen nach den Vorgaben der WTO reduziert, könnten bis zu 10 Millionen Pflanzler und ihre Familien in Westafrika ihr Einkommen um 8 bis 20 Prozent aufbessern; womit sie neben Essen und Medikamenten auch die Schulbeiträge für die Kinder bezahlen könnten.

Ein «perverses System»

Im Kongress wurden die Forderungen nach Abbau der Handelsbarrieren indes bislang abgeschmettert. Das Abgeordnetenhaus führte im Juni gar einige der Subventionen wieder ein, die zuvor auf Verlangen der WTO beseitigt worden waren. In Kürze ist der Senat am Zug. Anlass ist die Farm Bill, ein Fünfjahresplan ähnlich den Schweizer Agrarberichten. Die Aussichten seien düster, wie Dean Klecker, Ex-Chef des American Farm Bureau einräumt. Der Ex-Cheflobbyist der Bauern bekannte, das System sei so pervers, dass die Bauern für eine schlechte Ernte beteten, um mehr Zuschüsse zu kassieren.

Sollten die USA nicht einlenken, darf Brasilien Strafmassnahmen von bis zu vier Milliarden Dollar verhängen. Dies jedoch würde die Doha-Welthandelsrunde weiter behindern. Bereits hat Mexiko angedroht, wegen Reissubventionen der USA vor Gericht zu gehen; und Kanada prüft einen Prozess wegen der Maiszuschüsse.